

Pressereferent: Joachim Müller-Bremberger
Telefon: 0761 208-1038
eMail: pressestelle@rpf.bwl.de

27.06.2005

Offenlage für die Rheintalbahn beendet

Ende der Einwendungsfrist im Bahnverfahren zwischen Buggingen und Auggen (PfA 9.0): zahlreiche differenzierte Einwendungen und Trassenvorschläge

Die Einwendungsfrist für den Streckenabschnitt Buggingen-Auggen ist am vergangenen Montag, 20. Juni 2005, abgelaufen. Zwischenzeitlich hat das Regierungspräsidium die eingegangenen Einwendungen in einem ersten Durchlauf gesichtet:

Nicht nur die im beantragten Streckenabschnitt unmittelbar betroffenen Gemeinden Auggen, Müllheim und Buggingen haben in umfangreichen Stellungnahmen zahlreiche Forderungen und Einwendungen vorgetragen, die im Hinblick auf die betroffenen Bürgerinnen und Bürger mit dem Ziel einer verträglichen Planung der Bahnstrecke zwingend umzusetzen seien. Vielmehr haben die Betroffenen selbst rund 2 300 Einwendungen vorgelegt. „Die Anzahl der Einwendungen entspricht dem, was wir vor dem Hintergrund der Diskussionen in den zurückliegenden Monaten erwartet haben“, so Verfahrensführerin Elke Höpfner-Toussaint. Über 50 % der Einwendungen kommen aus Buggingen, wo der Widerstand gegen die von der DB ProjektBau beantragte Planung am größten ist.

Beeindruckt ist man im Regierungspräsidium bei der Projektgruppe „Bahnverfahren“ vor allen Dingen von der Sachkunde, die die Einwender erkennen lassen - und das, obwohl der Gesetzgeber selbst bei so umfangreichen Maßnahmen wie der Bahnplanung eine Offenlage von nur 1 Monat mit einer Einwendungsfrist von 2 Wochen vorsieht. Dennoch setzen sich die Einwendungsschreiben auf bis zu 60 Seiten intensiv und äußerst differen-

ziert mit technischen Detailproblemen und rechtlichen Fragestellungen der Planung auseinander.

Außer einer Unterschriftenliste in Müllheim-Hügelheim, mit der dort ein zusätzlicher Haltepunkt in Hügelheim gefordert wird, liegen keine weiteren Unterschriftenlisten oder Sammeleinwendungen vor.

Sicherlich haben die von verschiedenen Stellen zur Verfügung gestellten Formulierungshilfen zu dieser hohen Zahl von Einwendungen beigetragen. Sie wurden häufig als Grundlage für ergänzende Darstellungen bei den unterschiedlichsten individuellen Betroffenheiten und Auffassungen verwendet.

Als nächstes hat das Regierungspräsidium die Fülle der vorgetragenen Argumente auszuwerten. „Wir werden die nächsten Monate dazu benötigen, die Einwendungen inhaltlich so aufzubereiten, dass wir zu den angesprochenen Themen die erforderlichen Stellungnahmen der DB ProjektBau und der Gutachter einholen können“. Die großen Themenblöcke sind vor allem Lärm, Erschütterungen, Zugzahlen, individuelle Betroffenheiten und Alternativtrassen. Außerdem müssen die ebenso umfangreichen Stellungnahmen der rund 70 beteiligten Behörden ausgewertet werden. Auch sie haben auf eine Vielzahl unterschiedlichster Fragestellungen hingewiesen.

Wann im Rahmen eines Erörterungstermins die Standpunkte des Regierungspräsidiums und der DB ProjektBau und der betroffenen Einwender diskutiert werden können, ist derzeit noch nicht absehbar. Die Einwender haben eines auf jeden Fall erreicht: Es gibt für die Projektgruppe Bahnplanung richtig viel zu tun.

Welche Streckenabschnitte als nächstes in die Offenlage kommen, wird in wenigen Wochen geklärt.

gez. Joachim Müller-Bremberger